Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/3275

Der Bundesminister des Innern
R 6 – 139 140/6

Bonn, 19. September 1968

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Verwaltungsreform**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Diebäcker, Dr. Stecker, Josten, Lampersbach, Dr. Rinsche und Genossen – Drucksache V/3239 –**

Die Kleine Anfrage beantworte ich namens der Bundesregierung wie folgt:

1. Sieht die Bundesregierung in den in vielen Bundesländern oft nach unterschiedlichen Gesichtspunkten verlaufenden Bestrebungen zur Reform der Verwaltung Gefahren im Sinne der eingangs erwähnten Grundsätze?

Diese Frage ist bereits Gegenstand der Großen Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU, SPD vom 20. Dezember 1967 – Drucksache V/2414 – gewesen; die Antwort der Bundesregierung liegt dem Deutschen Bundestag seit dem 19. September 1968 als Drucksache V/3248 vor.

In dieser Antwort, auf die hiermit Bezug genommen wird, gibt die Bundesregierung einen Überblick über die Reformbestrebungen in den Ländern und kommt zu dem Schluß, daß die Sorge, durch die Unterschiede in den angestrebten Maßnahmen könnte der einheitliche Vollzug der Bundesgesetze gefährdet sein, nach dem gegenwärtigen Sachstand unbegründet ist.

2. Ist die Bundesregierung bereit, bei den Ländern darauf hinzuwirken, daß die zur Zeit laufenden Verwaltungsreformmaßnahmen nicht zu solchen Unterschieden in der Verwaltung führen, daß daraus Nachteile im Hinblick auf die Forderung nach wertgleicher Verwaltungsleistung und einheitlichem Vollzug der Bundesgesetze entstehen?

Druck: Buchdruckerei R. Madel, 53 Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

In der Antwort auf die Große Anfrage wird dargelegt, daß die Bundesregierung nach der Zuständigkeitsregelung des Grundgesetzes nur sehr beschränkte Möglichkeiten hat, auf die Reformbestrebungen in den Ländern Einfluß zu nehmen; sie habe es jedoch nicht an Versuchen fehlen lassen, die Länder zu bewegen, ihre Reformbestrebungen möglichst weitgehend zu koordinieren. Sie hat auch zugesichert, weiterhin auf die Länder mit dem Ziel möglichst einheitlicher Reformmaßnahmen einzuwirken. Dabei wird sich die Bundesregierung von dem Streben nach einheitlichen Lebensbedingungen für alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland leiten lassen.

In Vertretung

Gumbel